

„Revolutionärer“ Parlamentarismus

Bonapartismus wider „Demokratie“

In den anderthalb Jahren, die das Leben der Nationalversammlung umfaßt, ist ihre Machtgrundlage in den Wählermassen flötegegangen. Ihre Zusammensetzung widerspricht aufs schroffste der augenblicklichen Stimmung der Wählermassen und jeder Tag, der weiter ins Land geht, wird diesen Widerspruch steigern.

Der entscheidende Gesichtspunkt für die rev. Arbeiterklasse kann auch in dieser Frage nur der sein, die Krise der Bourgeoisie zu beschleunigen. Je größer der Abstand wird zwischen der Zusammensetzung des Parlaments und den Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments, um so wahrscheinlicher wird eine akute Zuspitzung der inneren Krisis.

Die revolutionäre Arbeiterklasse weiß, daß der Entscheidungskampf zwischen Kommunismus und Kapitalismus nicht auf parlamentarischem Boden ausgefochten werden wird. Sie spekuliert nicht darauf, durch den Wahlzettel zur Macht zu gelangen.

Sie betrachtet die bürgerliche Demokratie nur von dem Gesichtspunkt aus, wie sie am raschesten zerbrochen werden kann.

Die beste Vorbedingung dafür ist die Ausweitung des Widerspruchs zwischen den realen Machtverhältnissen und ihrem parlamentarischen Ausdruck. Von diesem Gesichtspunkt ist das Drängen auf möglichst raschen Abtritt der Nationalversammlung gegen das revolutionäre Interesse. Und nicht nur das, es stärkt von neuem die

Illusion bei den Volksmassen, als ob der Stimmzettel ihnen das Heil bringen werde und es arbeitet direkt der neubonapartistischen Demagogie der Ludendorffer in die Hände.

Aus einem Artikel über die Auflösung der Nationalversammlung. Rote Fahne vom 12. März 1920.

Das schrieb die Kommunistische Partei am 12. 3. 20. Dann kam der Kapp-Putsch mit der „berühmten“ Erklärung von der loyalen Opposition. Das war 14 Tage später. Und dann kam das direkt den Ludendorffern Indie-Hände-arbeiten. Das war 8 Monate später. (Siehe auch: Ein Meisterstück.)

Heute taumelt die KPD. von einer Wahl zur andern. Reichstag, Landtag, Gemeinde, Gewerkschaft, Genossenschaft, Betriebsräte bis zur Wahl von „rev.“ Laubenkol. usw. Sie kommen aus diesem Wahlschwindel gar nicht mehr heraus.

Das nennen sie Erziehung zur Revolution und zum Kommunismus.

Die Wendung

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Koalitionspolitik muß fallen, soll Arbeiterpolitik bestehen. Millionenstimmig muß in den Arbeitermassen der Ruf lebendig werden:

Auflösung des Reichstages! Neuwahl unter der Losung: Arbeiterregierung! Sollte die Regierung sich weigern, dem Willen des Proletariats, dem Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes zu gehorchen, so müssen die Spitzenverbände rücksichtslos die Massen zum Kampfe rufen, zum Kampfe mit den äußersten Mitteln.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.
8. Juli 1922.

Die loyale Opposition! Ein Meisterstück kommunistischer Parlamentspolitik.

Die Kommunistische Fraktion im Parlament und die Kommunistische Partei außerhalb des Parlaments wird euch nicht stören, wahrzumachen, was ihr versprochen habt.

Sie werden jeden ernstesten Versuch dieser Parteien, den parlamentarischen und Regierungsapparat zur Durchsetzung konkreter Maßregeln auf dem Wege zum Sozialismus auszunutzen nicht nur nicht hindern, sondern inner- und außerparlamentarisch tatkräftig unterstützen.

Wenn die mehrheitssozialistisch-rechtsunabhängige Regierung im schärfsten Kampfe gegen das kapitalistische Unternehmen sich einsetzen werden:

- für eine Amnestie aller politischen Vergehen und Verbrechen,
 - für die ernsthafte Entwaffnung der Konterrevolution, der Orgesch und anderer Selbstschutzorganisationen des Bürgertums,
 - für die Schaffung ernsthafter Selbstschutzorganisationen des Proletariats,
 - für die sofortige Enteignung, Wiedereröffnung und Weiterführung aller stillgelegten und verkürzt arbeitenden Betriebe durch die Betriebsräte,
 - für Versorgung der Arbeitenden mit billigen Lebensmitteln auf Kosten der Besitzenden,
 - für Beschlagnahme aller überschüssigen Wohnräume der Reichen zur Unterbringung der arbeitenden Bevölkerung,
 - für die Wiedereinstellung der Arbeitslosen in die Betriebe durch Wiederaufnahme der stillgelegten und eingeschränkten Betriebe,
 - für die Verpflichtung der Gesamtunternehmerschaft, die Arbeitslosen in voller Lohnhöhe zu unterstützen,
- so werden wir Kommunisten in der Durchführung dieser Maßnahmen sie parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen.

Die KPD. zur Frage der Regierung in Sachsen. — SPD. — USP. im November 1920.

„Wird euch nicht stören, wahrzumachen, was ihr versprochen!“

Wie klingt diese Sprache allen so bekannt, die sich um das Banner des Marxismus scharten vom 4. August 1914 ab.

Ist es nicht derselbe Ton, dieselbe Ideologie, wie in der berüchtigten Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August 1914?: „Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ Und wohin führte sie nach etwa 2 Jahren?

Siehe „Der Ruhrkrieg“.

Die Hilfe der KPD. in Sachsen für die „sozialistische“ Regierung

Diese Regierung war im Herbst 1921 in Schwierigkeiten. Die KPD. gab in dieser Situation den Ausschlag und gab in dieser historischen Stunde folgende Erklärung ab:

Die kommunistische Fraktion des Sächsischen Landtages erblickt in dem Mißtrauensvotum der Deutschnationalen gegen die unabhängigen Minister Lipinski, Fleißner und Jäckel, unter absichtlicher Schonung der sozialdemokratischen Minister, den Versuch, auch in Sachsen eine Stinneskoalition herbeizuführen.

Die Interessen des Proletariats erfordern nicht Ausweichen vor den Angriffen der bürgerlichen Parteien, sondern schärfsten tätigen Kampf gegen die Orgesch durch Säuberung der Verwaltung, Polizei und Justiz, die Entwaffnung und Auflösung der illegalen Organisationen der Bourgeoisie, die Anwendung der revolutionären Gewalt gegen die konterrevolutionäre Gewalt, und energische Maßnahmen zum Schutze des Achtstundentages.

Die kommunistische Fraktion fordert die sozialistische Regierung auf, den Kampf der Arbeiter durch eine aktive antikapitalistische revolutionäre Politik zu fördern. Sie wird in diesem Kampfe die sozialistische Regierung so-

wohl im Parlament wie auch außerhalb des Parlaments unterstützen.

Im Auszug wiedergegeben.

Der Dank!

Die Knebelung der kommunistischen Presse.

Leipzig, 30. November 1921.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die an Stelle der verbotenen kommunistischen Zeitungen: Der rote Kurier und die Sächsische Arbeiterzeitung erschienene Kommunistische Arbeiterzeitung gleichfalls verboten worden, da sie sich als die Fortsetzung der bereits verbotenen Zeitungen darstellt.

Dazu ein Radekscher Hirtenbrief!

Manche Genossen haben gesagt, sie können nur einer Räteregierung angehören, aber niemand hat versucht, diese Behauptung zu begründen. Man kann sie auch nicht beweisen. Die Kommunistische Partei kann jeder Regierung angehören, die gewillt ist, mit dem Kapitalismus ernst zu kämpfen. Es gibt keinerlei prinzipielle Gründe für die Teilnahme, keinerlei prinzipielle Hindernisse der Teilnahme der Kommunistischen Partei an einer Regierung, die den Kampf gegen das Kapital genötigt zu führen ist.

Man kann sich schlechterdings eine Steigerung des Verrats an der proletarischen Revolution nicht mehr vorstellen. Welche Regierungen Radek unterstützen will, dafür gleich ein paar Beweise in „Ertappte Maulaufreißer“ und „Revolutionäre Maulhelden“.

Ertappte Maulaufreißer

Der Moskauer Stoßtrupp weiß gar nicht, wie er den Proletariern die Gehirne verkleistern soll, sie sollen doch nicht merken, was vorgeht, und was sie für eine Rolle

spielen. Bei der letzten „Aktion“ im Reichstag haben bekanntlich die „äußersten Linken“ kühn und tapfer gegen die Regierung gestimmt und ob der Stimmenenthaltung von 24 USP.-Männern ein furchtbares Geschrei erhoben. Die „Leipziger Volkszeitung“ brachte nun eine Unterredung zwischen dem Oberregisseur Radek und dem USP.-Radek Breitscheid, in der sie behauptete, daß die USP. in ihrer Haltung sich durchaus in Uebereinstimmung mit Radek befand.

Die „Rote Fahne“ wollte dies in ihrer bekannten Manier als Klatsch abtun und meinte, daß Radek den Standpunkt vertreten hätte, die „Bannerträgerin“ müsse entweder ihr Mißtrauensvotum zurückziehen, oder aber gegen die Regierung stimmen. Diesem Gefasel macht der USP.-Radek nun ein Ende. Er schreibt in der „Freiheit“:

„In der „Leipziger Volkszeitung“ befinden sich einige Mitteilungen über ein Gespräch, das ich am 13. Februar im Haus des Chefs der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes mit Radek über die innerpolitische Krise in Deutschland gehabt habe.

Ich habe von dieser Unterredung bisher nur einige Parteigenossen, die übrigens zum Teil vorher durch einen Zeugen des Gespräches unterrichtet worden waren, in Kenntnis gesetzt. Nachdem die Angelegenheit aber in die Presse gekommen ist, halte ich mich für verpflichtet, auch in der Öffentlichkeit eine genauere Darstellung zu geben.

Bald nachdem Radek und ich uns begrüßt hatten, kamen wir in eine Unterhaltung über die Regierungskrise. Radek fragte, ob wir es für zweckmäßig hielten, in diesem Augenblick aus prinzipiellen Gründen Wirth zu stürzen. Auf meine Entgegnung, daß ich persönlich Bedenken trage, obwohl die Fassung des Vertrauensvotums es der Fraktion schwer mache, anders als mit Nein zu stimmen, meinte er, man dürfe einen solchen Schritt nur tun, wenn man zu der Hoffnung berechtigt sei, damit seinen eigenen Zielen näherzukommen. Es sei ihm sehr zweifelhaft, ob das der Fall sein würde, da sich im gegenwärtigen Moment eine Arbeiterregierung

kaum denken lasse. Die Möglichkeit einer Rechtsregierung sei sehr nahe gerückt, und das bedeute auch außenpolitisch eine große Gefahr.

Ich stimmte dem zu und legte Radek nahe, er möge seine Ansicht seinen kommunistischen Parteifreunden übermitteln. Er erklärte, er könne deshalb keinen Einfluß auf die Kommunisten ausüben, weil er in amtlicher Eigenschaft in Berlin sei und nicht den Eindruck erwecken wolle, als ob er aus irgendwelchen russischen Interessen heraus irgendwie für die Erhaltung des Kabinetts Wirth eintrete. Wäre er Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei, so würde er dafür stimmen, daß bei der entscheidenden Abstimmung die Fraktion nur einen Horchposten im Saale lasse und im übrigen nicht an der Abstimmung teilnehme.

Da ich wußte, daß Radek mit der Unabhängigen Zentraleitung wegen internationaler Angelegenheiten Besprechungen hatte, fragte ich ihn, ob er nicht auch den Genossen Ledebour und Rosenfeld seine Meinung über die Regierungskrisis gesagt habe oder sagen wolle. Seine Antwort war, daß er mit Ledebour gesprochen habe, sich des weiteren aber aus den angegebenen Gründen nicht zu engagieren beabsichtige.

Wir kamen im weiteren Verlauf des Abends noch einmal auf den Gegenstand zurück, und Radek sagte mir: „Ich reise am Donnerstag ab, und ich hoffe, daß bis dahin nicht „aus prinzipiellen Gründen“ das Kabinett Wirth gestürzt ist.“

Soweit ich unterrichtet bin, hat Radek ähnliche Ausführungen gegenüber einem seiner Parteifreunde gemacht.“

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 3. Jahrg. 1922. Nr. 14.

Auch ein Beitrag zum „Kampf“ gegen die „rechte“ USP. Wieviel Kindermut und Abgebrühtheit gehört jedoch dazu, eine solche Rolle zu spielen.

Die „russischen Interessen“ erforderten: Kabinett Wirth bleibt!

Wie die KPD. sich wieder von dem „Heidelberg“-Radek „beraten“ ließ.

Revolutionäre Maulhelden

Die „Freiheit“ vom 22. Juli liefert den Beweis, daß sie, was Phraseologie anbetrifft, es noch jederzeit mit den Moskaujüngern aufnehmen könnte. In einem Artikel „Der kommunistische Verrat an der Revolution“ schreibt sie — die allerdings am wenigsten Recht dazu hat — den Helden um Remmele folgendes ins Stammbuch:

Die Kommunisten konnten die Regierung stürzen und die Reichstagsauflösung erzwingen. Sie haben es nicht nur nicht getan, sondern haben sogar für die Regierungsvorlage gestimmt und damit die Regierung gerettet, haben anonyme Koalitionspolitik getrieben und die Revolution verraten.

Unmöglich! werden zweifelnd und entsetzt die Gläubigen der „Roten Fahne“ stammeln. Und doch ist es so. Hier der Beweis:

Das Beamtendisziplinargesetz bedurfte zu seiner Annahme einer qualifizierten Mehrheit, da es ein verfassungsänderndes Gesetz ist. Es mußten bei der Abstimmung mindestens zwei Drittel der Reichstagsabgeordneten anwesend sein und von den Anwesenden mußten mindestens zwei Drittel für das Gesetz stimmen. Kam diese qualifizierte Mehrheit nicht zustande, so fiel das Gesetz, die Reichsregierung war vom Parlament desavouiert in ihren Bemühungen, die Sabotage der Republik durch die reaktionären Beamten zu verhindern. Eine solche Niederlage hätte das Prestige der Regierung erschüttert, sie hätte zurücktreten müssen. Allein die Reichstagsauflösung und die Ausschreibung von Neuwahlen hätte die Krise lösen können.

Jetzt liegt die amtliche Abstimmungsliste über die beiden namentlichen Abstimmungen vor, die in der letzten Reichstagsitzung über das auf 5 Jahre befristete allgemeine Gesetz zum Schutz der Republik und über das für die Dauer geschaffene Beamtendisziplinargesetz erfolgt

kaum denken lasse. Die Möglichkeit einer Rechtsregierung sei sehr nahe gerückt, und das bedeute auch außenpolitisch eine große Gefahr.

Ich stimmte dem zu und legte Radek nahe, er möge seine Ansicht seinen kommunistischen Parteifreunden übermitteln. Er erklärte, er könne deshalb keinen Einfluß auf die Kommunisten ausüben, weil er in amtlicher Eigenschaft in Berlin sei und nicht den Eindruck erwecken wolle, als ob er aus irgendwelchen russischen Interessen heraus irgendwie für die Erhaltung des Kabinetts Wirth eintrete. Wäre er Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei, so würde er dafür stimmen, daß bei der entscheidenden Abstimmung die Fraktion nur einen Horchposten im Saale lasse und im übrigen nicht an der Abstimmung teilnehme.

Da ich wußte, daß Radek mit der Unabhängigen Zentraleitung wegen internationaler Angelegenheiten Besprechungen hatte, fragte ich ihn, ob er nicht auch den Genossen Ledebour und Rosenfeld seine Meinung über die Regierungskrisis gesagt habe oder sagen wolle. Seine Antwort war, daß er mit Ledebour gesprochen habe, sich des weiteren aber aus den angegebenen Gründen nicht zu engagieren beabsichtige.

Wir kamen im weiteren Verlauf des Abends noch einmal auf den Gegenstand zurück, und Radek sagte mir: „Ich reise am Donnerstag ab, und ich hoffe, daß bis dahin nicht **„aus prinzipiellen Gründen“** das Kabinett Wirth gestürzt ist.“

Soweit ich unterrichtet bin, hat Radek ähnliche Ausführungen gegenüber einem seiner Parteifreunde gemacht.“

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 3. Jahrg. 1922. Nr. 14.

Auch ein Beitrag zum „Kampf“ gegen die „rechte“ USP. Wieviel Kindermut und Abgebrühtheit gehört jedoch dazu, eine solche Rolle zu spielen.

Die „russischen Interessen“ erforderten: Kabinett Wirth bleibt!

Wie die KPD. sich wieder von dem „Heidelberg“-Radek „beraten“ ließ.

Revolutionäre Maulhelden

Die „Freiheit“ vom 22. Juli liefert den Beweis, daß sie, was Phraseologie anbetrifft, es noch jederzeit mit den Moskaujüngern aufnehmen könnte. In einem Artikel „Der kommunistische Verrat an der Revolution“ schreibt sie — die allerdings am wenigsten Recht dazu hat — den Helden um Remmele folgendes ins Stammbuch:

Die Kommunisten konnten die Regierung stürzen und die Reichstagsauflösung erzwingen. Sie haben es nicht nur nicht getan, sondern haben sogar für die Regierungsvorlage gestimmt und damit die Regierung gerettet, haben anonyme Koalitionspolitik getrieben und die Revolution verraten.

Unmöglich! werden zweifelnd und entsetzt die Gläubigen der „Roten Fahne“ stammeln. Und doch ist es so. Hier der Beweis:

Das Beamtendisziplinargesetz bedurfte zu seiner Annahme einer qualifizierten Mehrheit, da es ein verfassungsänderndes Gesetz ist. Es mußten bei der Abstimmung mindestens zwei Drittel der Reichstagsabgeordneten anwesend sein und von den Anwesenden mußten mindestens zwei Drittel für das Gesetz stimmen. Kam diese qualifizierte Mehrheit nicht zustande, so fiel das Gesetz, die Reichsregierung war vom Parlament desavouiert in ihren Bemühungen, die Sabotage der Republik durch die reaktionären Beamten zu verhindern. Eine solche Niederlage hätte das Prestige der Regierung erschüttert, sie hätte zurücktreten müssen. Allein die Reichstagsauflösung und die Ausschreibung von Neuwahlen hätte die Krise lösen können.

Jetzt liegt die amtliche Abstimmungsliste über die beiden namentlichen Abstimmungen vor, die in der letzten Reichstagssitzung über das auf 5 Jahre befristete allgemeine Gesetz zum Schutz der Republik und über das für die Dauer geschaffene Beamtendisziplinargesetz erfolgt

sind. Nach dieser amtlichen Liste haben für das Beamten-disziplinalgesetz 278, dagegen 135 Abgeordnete gestimmt. Es sind also 8 Stimmen über die erforderliche Zweidrittelmehrheit abgegeben worden. Diese 8 Stimmen haben das Kabinett Wirth vor dem Sturz gerettet, haben die Reichstagsauflösung verhindert. **Und diese 8 Stimmen haben die Kommunisten gestellt!** Ja, noch mehr, sie haben nicht nur 8, sie haben sogar 12 Stimmen für die Regierung Wirth abgegeben. Zwei Kommunisten haben bei der Abstimmung gefehlt.

Hätten sich die Kommunisten der Stimme enthalten, so wären nur 266 Stimmen für das Gesetz abgegeben worden, es wäre gefallen. Hätten die Kommunisten, was sie als prinzipielle Gegner der Regierung tun mußten, gegen das Gesetz gestimmt, so wären 147 Stimmen dagegen abgegeben worden, die Zweidrittelmehrheit dafür hätte 295 betragen müssen, es hätten also 29 Stimmen gefehlt. Das Gesetz wäre erst recht abgelehnt gewesen. Die Kommunisten hatten also sowohl durch Stimmenthaltung wie durch Ablehnung das Schicksal des Gesetzes völlig in der Hand und damit das Schicksal der Regierung und des ganzen Reichstags. Aber der große Moment fand ein kleines Geschlecht! Statt die politische Situation zu einer revolutionären zu gestalten, trieben die Kommunisten anonyme Koalitionspolitik zur Erhaltung des Kabinetts Wirth. Die amtliche Abstimmungsliste enthüllt diesen Verrat der Kommunisten an der Revolution. Sie enthält folgende Angaben über die beiden Abstimmungen, von denen die erste das Schutzgesetz, die zweite das Beamten-disziplinalgesetz betrifft, um das es sich hier handelt:

Bartz	Nein	Ja	Höllein	Nein	Ja
Berthelé	Nein	Ja	Koenen	Nein	Ja
Eckardt	fehlt	fehlt	Malzahn	Nein	Ja
Eichhorn	Nein	Ja	Remmele	Nein	Ja
Frölich	Nein	Ja	Stoecker	Nein	Ja
Herzfeld	Nein	Ja	Thomas	Nein	Ja
Heydemann	Nein	Ja	Zetkin	fehlt	fehlt

Aus dieser amtlichen Liste ergibt sich, daß alle 12 Kommunisten, die überhaupt anwesend waren, beim Beamten-disziplinalgesetz zu den Jasagern gehörten, das Gesetz angenommen, das Kabinett Wirth gerettet haben.

Mit welchem Recht will die Kommunistische Partei jetzt noch der USP. Vorwürfe darüber machen, daß sie bisher bei solchen Gelegenheiten, bei denen sie durch ihre Stimmen eine wichtige Regierungsvorlage zu Fall bringen und die Regierung Wirth stürzen konnte, es nicht getan hat? Gilt denn das, was die KPD. von der USP. fordert, nicht mit zehn- ja hundertmal mehr Recht von der KPD. selber! Wie will die KPD. ihr feiges Zurückweichen vor den revolutionären Notwendigkeiten gegenüber den kommunistischen Arbeitern rechtfertigen? Der Massenwille des revolutionären Proletariats wird das Renegatentum der schwankenden Gestalten à la Höllein, Remmele, Koenen und Stoecker zur Rechenschaft ziehen.

Bei der Abstimmung über das „Nationallunkengesetz“ konnten sich die KPD.-Männer deswegen das Dagegenhandhochheben leisten, weil auch ohne sie eine Zweidrittelmehrheit vorhanden war dadurch, daß die Deutsche Volkspartei auch dafür stimmte. Bei den anderen Vorlagen wurde die Sache kritisch. Damit unsere Leser nicht etwa glauben, daß die „Freiheit“ in dem Artikel (den sie sich, wie sie in der Einleitung desselben bemerkt, von einem KPD.-Mann schreiben ließ), nicht die Wahrheit schreibt, lassen wir die „Rote Fahne“ vom Sonnabend morgen zu Worte kommen. Sie hat folgendes zu erwidern:

„Erst nachdem an der Verschandelung dieser Gesetze nichts mehr zu ändern war und alle Verbesserungsanträge der Kommunisten abgelehnt waren, haben sie den Gesetzen zugestimmt, damit wenigstens einige Proletarier die Freiheit erhalten und wenigstens ein paar Monarchisten aus der Verwaltung herausfliegen.“

Da brüllt diese Gesellschaft dauernd von „Reichstagsauflösung“ und schreit über Verrat. Gibt zu, daß die Gesetze noch weiter verschandelt worden sind, und was tut sie, als es so weit ist?

Um der Reichstagsauflösung, nach der sie dauernd brüllt, aus dem Wege zu gehen, stimmt sie den Gesetzen zu, die sie selbst als Schandgesetze bezeichnet.

Das ist der „revolutionäre Parlamentarismus“ in seiner ganzen Schönheit. Diese Gesellschaft scheint wirklich kein anderes Ziel zu kennen, als den Kommunismus zu schänden. Die Proletarier, die sich noch dazu hergeben, solchen Revolutionsschmarotzern nachzulaufen, müssen sich jedoch darüber klar sein, daß sie sich an diesem Treiben mit schuldig machen.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 3. Jahrg. 1922, Nr. 52.

Die KPD. für die „Republik“ gegen die Monarchie

Die KPD., die schon 1922 durch das Einbringen ihres Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik (Abgeordnete Koenen und Meyer) für die heutige kapitalistische Republik eingetreten ist, versucht im Präsidentenwahlkampf, die von den Sozialdemokraten „verratene Republik“, gegen die monarchistische Bourgeoisie und Reaktion zu verteidigen. Um diese Stellung zu begründen, führt sie einen grotesken Tanz zwischen sozialreformistischer Einstellung und revolutionär-marxistischer Erkenntnis auf und widerspricht sich demgemäß selbst in der Roten Fahne:

1. Für Schwarz-weiß-rot-gold (Rote Fahne 9. 4. 25): „Aber das Hindenburg-Programm ist auch das Marx-Programm.“ Gegen Schwarz-weiß-rot-gold (Rote Fahne vom 8. 4. 25): „Die KPD. kämpft für die proletarische Republik, muß aber die Frage der Monarchie und der bürgerlichen Republik bolschewistisch stellen. Die Auffassung, daß die Monarchie und Republik, daß schwarzrotgold und schwarzweißrot ganz egal sind, wäre antimarxistisch, wäre die Aufrechterhaltung der Irrtümer Lassalles über eine „kompakte reaktionäre Masse.“
2. Der Kampf gegen die monarchistische Gefahr als revolutionärer Kampf (Rote Fahne 9. 4. 25): „... daß die Sozialdemokratie, als sie den Klassenkampf aufgab, nicht nur den Sozialismus, sondern

auch die Republik preisgegeben hat. Nur die revolutionäre Arbeiterschaft, die für ihre Arbeiterrepublik kämpft, führt den ernsthaften Kampf gegen die monarchistische Reaktion. . . . das bedeutet, daß die entscheidenden Teile der Bourgeoisie die Rückkehr zur Monarchie wollen und jetzt schon die Militärdiktatur als Uebergang zu diesem Ziele offen als Programm aufstellen.

. . . Marx, ist das ein Kämpfer gegen die monarchistische Reaktion, steht hinter ihm eine Kraft, die gegen die Monarchisten kämpfen will?

3. Der Kampf gegen die monarchistische Gefahr als antimarxistischer Kampf (Rote Fahne vom 4. April 1924):

. . . Jeder Marxist, der gewohnt ist, die Methode der materialistischen Geschichtsauffassung in der Politik anzuwenden, weiß, daß die politische Orientierung der parlamentarischen Parteien abhängig ist von den ökonomischen Kräfteverhältnissen . . .

Das Postulat aller Parteien der herrschenden Klasse ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das Bürgertum orientiert sich politisch nach dem Besitz der Bergwerke, Fabriken, Wälder und Aecker. Diejenige Staatsform, die ihnen mit ihren Machtmitteln diesen Besitz garantiert, die diesen Besitz gegenüber Zugriffen der unterdrückten Klasse sichert, findet ihre Unterstützung. (Anm.: das ist die heutige Republik.)

Noch vor einigen Wochen rief die KPD. „Nicht Monarchie oder Republik heißt es, wie die SPD. sagt“, doch wie handelt sie jetzt? Sie „kämpft“ selbst gegen die monarchistische Gefahr und stellt sich dadurch auf den Boden der jetzigen Republik, denn Wilhelm Marx ist ihr doch immer noch lieber als Hindenburg.

Ideologisch ist also die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten geschlossen — alle Parteien, die das Proletariat zur Wahl auffordern, stehen auf einer Stufe, sie rechnen mit der Vergeßlichkeit des Proletariats, um es zu verraten.

Der „revolutionäre Parlamentarismus“ in der Praxis!

Die Steuerforderungen der KPD. 1921.

Ausnutzung aller menschlichen und technischen Kräfte zur Hebung der Produktion. Schaffung von Arbeit für die Arbeitslosen, Arbeitszwang für alle Arbeitsfähigen.

Einstellung der industriellen Produktion auf die Bedürfnisse zum Wiederaufbau Sowjetrußlands und zur Nutzbarmachung der Rohstoffschätze Rußlands für den Aufbau der deutschen und europäischen Wirtschaft.

Welchem Kapitalisten lacht da nicht das Herz im Leibe ob so viel „revolutionärer Tatkraft“ und so wenig marxistischer Erkenntnis!

„Positive“ Steuerpolitik, für die Bourgeoisie, durch Ablenkung vom Klassenkampf

In der Roten Fahne vom 22. 2. 25 schreibt Wilhelm Koenen in einem Artikel: „Steuerforderung der KPD.“ hierüber folgendes (auszugsweise):

„Unsere Steuerforderungen müssen ausgerichtet sein auf die Verwirklichung der Kontrolle der Produktion . . . Um einen Teil der ungeheuren Steuerlasten zu beseitigen und um dem Proletariat klarzumachen, daß es selbst die Peitsche zahlt, mit der es geprügelt wird, gilt unser erster Stoß den riesigen Kosten, die der Gewaltapparat der Bourgeoisie erfordert . . .

. . . Der Skandal der 2 Milliarden Cuno-Kredite und der 715 Millionen-Entschädigung für die Ruhrkapitalisten muß durch den Kampf um Rückzahlung radikal beendet werden.

. . . Statt der Vergünstigung und Geschenke haben wir außerordentlich verschärfte Belastungen der Besitzer mit dem Ziel seiner völligen Konfiskation zu fordern. Erhöhung der Steuersätze für große Vermögen und Einkommen für unbedingt notwendig . . .

. . . Wir brauchen eine Lex-Stinnes, die den Staat berechtigt, die Riesenkonzerne der größten Privatkapitalisten, der Stinnes und Konsorten wenigstens nach ihrem Tode zu konfiszieren. . . . Die großen Kapitalkonzerne und Schieber müssen gepackt werden durch belastende Besitzsteuer . . . Deswegen müssen wir zur Sicherung und Eintreibung irgendwelcher Besitzsteuern erneut fordern die Offenlegung der Steuerlisten . . .

Ueber den Wert dieser rein reformistischen Steuerforderungen urteilt die KPD. in der Roten Fahne vom 12. 4. 25, 2. Beilage, unter: „Die Steueranträge der Kommunisten“, selbst folgendermaßen:

„Von gerechter Lastenverteilung“, oder gar von „Abwälzung der Lasten auf die Bourgeoisie“ zu schwätzen, während die Bourgeoisie im Besitz der Produktionsmittel und des Staatsrechtes bleibt, ist ein leerer Schwindel“.

Folgerung: Die gesamten Steuerforderungen der KPD. sind demnach leerer Schwindel.

„Das proletarische Sachverständigengutachten“

Gegen die Dawes-Gesetze hat die KPD. einen „eigenen“ Gesetzentwurf eingebracht. In der Einleitung in der Sturmflagge heißt es zum Teil ganz richtig:

Aber die Kommunistische Reichstagsfraktion, die diesen Gesetzentwurf vorlegt, setzt nicht die Hoffnung für die Verwirklichung der Sozialisierung auf das bürgerliche Parlament. Der Gesetzentwurf ist eine Kampfansage gegen den Reichstag, gegen die bürgerliche Demokratie, gegen die kapitalistische Wirtschaft und ihren Staat. Die Kommunistische Reichstagsfraktion sagt diesen Kampf an. Die Massen müssen ihn aufnehmen. Eine Kapitalistenklasse, die die nationale Einheit preisgibt, hat den Anspruch auf Herrschaft im Staate verloren. Eine Kapitalistenklasse, die aus einer Krise in die andere stürzt, die die Wirtschaft veröden läßt, hat den Anspruch verwirkt, Herrscherin über die Produktionsmittel zu sein. Sie muß von der unterdrückten Klasse aus allen ihren Machtpositionen in Staat und Wirtschaft herausgeworfen werden. Die ausgebeuteten Massen müssen sich an Stelle der heute Herrschenden setzen. Um Sozialisierung, Nationalisierung und die Diktatur des Proletariats geht dieser Kampf.

Charakteristisch ist hier wieder das nationale Gesicht, wie „Die Kapitalistenklasse, die die nationale Einheit preisgibt“. Und dann welche Logik: Sie setzen nicht die Hoffnung auf das bürgerliche Parlament, legen aber

diesem einen Gesetzentwurf vor. Das ist eben parlamentarische Logik.

Denselben nationalistischen Geist atmet auch der Schluß der Begründung des Sozialisierungsgesetzes:

Die Antragsteller sind sich bewußt, daß keine kapitalistisch-demokratische Regierung die Sozialisierung durchführen wird. Die Sozialisierung erfordert eine grundlegende Umgestaltung der politischen Staatsorganisation in der Richtung, daß den politischen Organen der werktätigen Bevölkerung (Arbeiterräte) die Leitung, Durchführung und Kontrolle der staatlichen Exekutive, Gesetzgebung und Verwaltung zufällt. Eine solche Herrschaft der Werktätigen Deutschlands setzt aber voraus, daß die arbeitenden Volksschichten — Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kleinbauern —, im Interesse ihrer Selbsterhaltung, im Interesse der nationalen Existenz Deutschlands und im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaus sich politisch, wirtschaftlich und militärisch rüsten, um die jetzige kapitalistische Staatsorganisation zu zertrümmern und die sozialistische an ihre Stelle zu setzen. Indem die arbeitenden Volksmassen sich die sozialistische Republik erkämpfen, retten sie ihr eigenes Leben, die Existenz der deutschen Wirtschaft, die Existenz des deutschen Volkes.“

Rote Sturmflamme, Nr. 63 vom Jahre 1924.

Deutsch, national, Volk, wie beim Spießbürger.

Revolutionäre Parlaments-Kommunisten

Ein Jugendgenosse schreibt uns:

Der Märzkampf forderte auch in Ammendorf bei Halle Opfer. Um diese Freiheitskämpfer besonders zu „ehren“, wurden sie wie ein verreckendes Vieh in einer Ecke des Friedhofs verscharrt. (Das Ammendorfer Gemeindeparlament besteht aus 14 Kommunisten und 5 Bürgerlichen.) Die Kommunistische Arbeiterjugend Ammendorf beabsichtigte eine

Gedenktafel mit folgender Inschrift auf dem Grabe anzu-
bringen:

Hier ruhen die am 28. März 1921 im Kampfe für Freiheit und Recht Gefallenen. Ihr habt gekämpft, wir werden weiter kämpfen.

Um diese Tafel anbringen zu können, mußten wir erst die Genehmigung der Gemeinde erhalten. Wir mußten aber das Unerhörte erfahren, daß unser Antrag wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“ von der „revolutionären“ kommunistischen Gemeinde abgelehnt wurde.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Nr. 241, 1921.

Levi legt sein Mandat nicht nieder

Reichstag.

Berlin NW 7, den 5. Mai 1921.

An die Zentrale der VKPD., Berlin.

Werte Genossen!

Die Entscheidung des Zentralausschusses über die in der VKPD. strittigen politischen Fragen und über die Frage meines Ausschlusses, die ich nach wie vor lediglich als eine politische und keine disziplinäre ansehe, kann nicht als endgültig gelten. Ich werde daher die Entscheidung über die Niederlegung des Mandats nach dieser endgültigen Entscheidung — wohl auf dem Kongreß in Moskau — und in Verbindung mit den Genossen treffen, über deren politische Zugehörigkeit durch diese endgültige Entscheidung mit entschieden werden wird.

Mit kommunistischem Gruß

gez. Paul Levi.

„Die Tatsache, daß Paul Levi gegen den Willen der Partei am Reichstagsmandat festklebt, ist zugleich eine Unterstützung der antiparlamentarischen KAP.-Taktik, wie sie wirksamer nicht gedacht werden kann“, schreibt die Rote Fahne dazu.

Sehr richtig! Und eine treffliche Illustration, wem der Parlamentarismus etwas nützt!